

Die Demokratisierungsprozesse der jugoslawischen Nachfolgestaaten – Eine Bilanz nach 30 Jahren

Oliver Kannenberg

Zusammenfassung

Vor nunmehr 30 Jahren begann der Zusammenbruch des Vielvölkerstaates Jugoslawien, aus dem inzwischen sieben Nationen hervorgegangen sind. Das Demokratieniveau nach drei Jahrzehnten Transition variiert stark zwischen den Nachfolgestaaten. Die Ursachen für den zuletzt negativen Trend sind vielfältig: Vereinnahmung staatlicher Ressourcen durch Parteien, eingeschränkte Pressefreiheit oder zwischenstaatliche Konflikte.

Am 22. Januar 1990 endete der 14. und letzte Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens nach zwei Tagen intensiver, aber letztlich erfolgloser Debatten über den zukünftigen Umbau Jugoslawiens. Zuerst verließ die slowenische Delegation geschlossen den Kongress, wenig später folgten ihr die Delegierten aus Kroatien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegovina. Wenngleich damit faktisch das Ende der Partei und ihrer 45 Jahre währenden Herrschaft in Jugoslawien besiegelt wurde, war selbst für pessimistische Beobachter nicht abzusehen, dass ein Jahr später eine Dekade des Krieges in der Region anbrechen sollte.

Die Spuren der gemeinsamen Vergangenheit wie auch des Krieges sind bis heute in den sieben Nachfolgestaaten allgegenwärtig. Die demokratische Transition in den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken startete unter gänzlich unterschiedlichen Vorzeichen und bewegt sich nach wie vor auf unterschiedlichem Niveau. Das ausgehende dritte Jahrzehnt des Zusammenbruchs Jugoslawiens soll zum Anlass genommen werden, eine Zwischenbilanz der Demokratisierungsprozesse zu ziehen, bestehende Hindernisse zu erläutern und die Rolle der Europäischen Union in den Blick zu nehmen.



Oliver Kannenberg, M.A.

Institut für Parlamentarismusforschung (IParl) Berlin

1. Versetzte Demokratisierungsprozesse mit gemischten Erfolgen: Der Status quo

Innerhalb von Demokratisierungsprozessen wird die politische Macht von einzelnen Führungsgruppen auf das gesamte Staatsvolk übertragen. Demokratisierungseffekte berühren dabei nicht nur das politische System, sondern auch Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Zu Beginn der Transition von Autokratie zu Demokratie sind freie und faire Wahlen, der Aufbau unabhängiger Medien sowie die Garantie allgemeiner Bürgerrechte zentrale Grundpfeiler. Aufgrund des Prozesscharakters der Demokratisierung, kann diese vor allem in der Frühphase Rückschläge erleiden. Ein einmal erreichtes demokratisches Niveau führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung, sondern muss fortwährend gegenüber autoritären Rückschlägen verteidigt werden.

In Nachkriegsgesellschaften wird der im Rahmen der Demokratisierung vorgesehene Beteiligung von Konfliktparteien eine heilende Wirkung für die vom Krieg erzeugten Wunden zugeschrieben. Die jugoslawischen Nachfolgestaaten waren im unterschiedlichen Maße von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten geprägt. Neben den vier Nachfolgekriegen in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegovina und Kosovo, wurde auch die Transition Nordmazedoniens von ethnischen Spannungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen beeinflusst. Daraus erklären sich die unterschiedlichen Verzögerungen zu Beginn der Demokratisierung. Mit Blick auf das Demokratie-niveau¹ im Jahr 2020 (s. Abbildung 1) können drei Gruppen aus den Nachfolgestaaten gebildet werden. Da wäre zunächst eine Spitzengruppe, bestehend aus den beiden EU-Mitgliedern Kroatien und Slowenien. Sie werden als einzige der hier behandelten Staaten als (semi)-konsolidierte Demokratien eingestuft, wohingegen die übrigen fünf Länder in die Kategorie „hybride Regime“ fallen (Freedom House 2021).

Der Demokratisierungsprozess Sloweniens, das bereits innerhalb Jugoslawiens als „liberalste“ Teilrepublik galt, wurde durch die begrenzten Kriegshandlungen und die hohe Homogenität der Bevölkerung begünstigt. Die wirtschaftliche Stärke Sloweniens unterstützte die Bemühungen eines EU-Beitritts, der 2004 erfolgreich umgesetzt wurde. Die Transition Kroatiens wurde im Wesentlichen durch den bis 1995 andauernden Kroatienkrieg und die bis zum Ende des Jahrtausends währende personenzentrierte Herrschaft des autoritären Präsidenten Franjo Tuđman (HDZ) eingeschränkt. Dennoch fand auch Kroatien unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung einflussreiche Unterstützer in Europa, allen voran Deutschland. Der früh in Aussicht gestellte EU-Beitritt verzögerte sich jedoch trotz weitreichender institutioneller Reformen aufgrund der mangelhaften Kooperationsbereitschaft mit dem „Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien“ sowie unzureichender Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung. Zuletzt sank vor allem in Slowenien das Demokratieniveau aufgrund gezielter Angriffe der Regierung auf die Pressefreiheit (s. Abschnitt 2.2).

Die Schlussgruppe bilden Bosnien und Herzegovina, Montenegro und Serbien mit deutlich unterschiedlichen Verläufen und Ursachen. In Bosnien und Herzegovina, der am stärksten vom Krieg gezeichneten Nation, sind diese vor allem institutioneller Natur. Der Bundesstaat besteht aus zwei Entitäten, der Föderation Bosnien und Her-